

Friedensbewegung aufgepasst!

Friedensbildung ohne eigene Kooperationsabkommen

von Markus Pflüger

Vorbemerkung: In der Friedensbewegung wird diskutiert, welche Strategien für mehr Friedensbildung und gegen die Bundeswehr an Schulen sinnvoll sind. In einem Beitrag in der Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“ (Nr. 3/2011) mit dem Titel „Friedensbewegung an die Schulen!“ bezogen sich die Autoren Jenny und Peter Becker positiv auf eigene Kooperationsvereinbarungen mit den jeweiligen Kultusministerien – als Pendant zu Kooperationsvereinbarung der Kultusministerien mit der Bundeswehr. In dieser kritischen Replik werden Ergänzungen und andere Sichtweisen für eine Arbeit gegen Militarisierung und für mehr Friedensbildung vorgebracht.

Klar, mehr Friedensbildung an Schulen wäre gut. Viele Friedensbewegte haben sich erst durch den verstärkten Bundeswehr-Werbefeldzug und v.a. durch die Kooperationen der Bundeswehr mit Kultusministerien darauf besonnen. Werbefeldzug und die Maßnahmen zu Attraktivitätssteigerung der Bundeswehr müssen stärker bekannt gemacht werden, inklusive der macht- und wirtschaftspolitischen Interessen hinter der Militarisierung. Es gilt Schülern, Lehrern und Eltern Kritik UND Alternativen bekannter zu machen. Ein wichtiges Ziel erscheint mir dabei das Militär aus der Schule zu drängen, sie im Idealfall zu einem militärfreien Ort zu erklären. Zwei solche Schulbeschlüsse gibt es inzwischen.¹ Die Rücknahme der Kooperationen mit der Bundeswehr und mehr Friedensbildung an Schulen erscheinen mir zusammen wichtig. Die Autoren Becker legen Wert „auf ebenbürtige Kooperationsabkommen der Länder mit den Dachverbänden des Friedensdiensts.“ Ich lege Wert auf Friedensbildung UND Engagement gegen Militarisierung. Die zwischen den Zeilen stehende Favorisierung eigener Friedensabkommens erscheint mir ein Fehler. Die erste Friedens-Kooperationsvereinbarung wurde am 15.8.2011 in Rheinland-Pfalz unterzeichnet. Sie zielt darauf ab, die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr zu legitimieren und zu verfestigen. Aus diesem Grund sind die Friedens-Kooperationsvereinbarungen friedenspolitisch kontraproduktiv.

Rheinland-Pfalz als Vorreiter?

Kurz vor der Landtagswahl hatte sich die SPD-Alleinregierung mit Friedensgruppen – trotz der Bitte anderer dies nicht zu tun – auf eine eigene Kooperation verständigt – Kritik an der Bundeswehr gehört(e) nicht mehr dazu. Nach SPD-Stimmenverlust

und dem Landtagseinzug der Grünen wurde eine rot-grüne Koalition verhandelt. Im Grünen-Wahlprogramm steht das Ende der Bundeswehr-Kooperation. In den Verhandlungen hatte die SPD dann ein gut vorbereitetes Argument, um dies abzuwenden: die eigene Kooperation mit Friedensgruppen. Klingt ausgeglichen – für Beckers „ebenbürtig“?

Daran ist nichts „gleichberechtigt“: Fast 100 hauptamtliche und zahlreiche nebenamtliche Jugendoffiziere sind nur dafür da, die Weltsicht ihres Dienstherren den Jugendlichen zu vermitteln. Hinzu kommen sehr sehr viele weitere Maßnahmen. Trotz dieser Implikationen haben sich v.a. kirchliche Friedensgruppen für eine Unterzeichnung entschieden. Pragmatisch für mehr Friedensbildung? Oberkirchenrat Gottfried Müller begrüßt die Vereinbarung so: „Dadurch wird die notwendige Ausgewogenheit zwischen sicherheitspolitischen Erwägungen und friedensethischen Argumenten hergestellt.“²

Wie sollen Kooperationsvereinbarung plötzlich mehr Friedensbildung bringen?

Trugschlüsse:

1. Wenn es ein Papier gibt, das einen besseren Zugang zu Schulen ermöglichen soll, haben wir den auch. Dabei bleibt es weiterhin Schulleitern und Lehrern überlassen Friedensbewegte als Fachleute aus der Praxis einzuladen oder nicht. Entscheidend bleiben persönliche Kontakte.
2. Wenn es eine eigene Kooperationsvereinbarung gibt, wird mehr Friedensbildung geleistet. Als zaubere das Papier auch gleich kompetente Leute mit Zeit dafür herbei. Mehr Friedensbildung braucht engagierte Menschen, die sich vernetzen und weiterqualifizieren. Ob Kooperationsabkommen dazu was beitragen können ist sehr fraglich, ihr Beitrag zur Stabilisierung der Bundeswehr-Kooperation und zu Zwist innerhalb der Friedensszene ist klarer.
3. Kooperationsvereinbarungen sind ein nettes Angebot ohne politisches Kalkül der Landesregierungen. Nein sie sind eindeutig auch eine Antwort auf die Kritik an Bundeswehrkooperationen und Werbefeldzügen nicht nur an Schulen. Die Kritik wird durch eigene Kooperationsabkommen geschickt gekontert und geschwächt, Kritiker vereinnahmt. Interessant: das Gros der Unterzeichner der Friedenskooperation in RLP machte auch nicht bei Kampagnen für „Schulen ohne Militär“ mit.
4. Wer „Gegen die Bundeswehr an Schulen und Militarisierung“ aktiv werden will, wolle nicht „Mehr Friedensbildung“. Klar gibt es Schwerpunktsetzungen, aber ich selbst will mehr an Schulen bzw. will dass die Angebote dafür von uns verbessert werden, ich brauche dafür aber keine Kooperation. Und noch habe ich die Hoffnung nicht aufgegeben, dass auch der Rückschluss nicht stimmt: wer für Friedenskooperationen ist, macht nichts (mehr) gegen die Bundeswehr bzw. ihren Werbefeldzug.

Anmerkungen

- 1 <http://www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr-rlp.de/material.html> (siehe Musterantrag sowie Beispiel 1 und 2)
- 2 [http://www.evkirchepfalz.de/aktuelles-und-presse/pressemeldungen/pressemeldung.html?tx_aspresse_pi1\[item\]=622](http://www.evkirchepfalz.de/aktuelles-und-presse/pressemeldungen/pressemeldung.html?tx_aspresse_pi1[item]=622)

Proteste gegen die Bundeswehr an Schulen,
Foto: Michael Schulze von Glaßer.

